

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 23 15. 11. 2014

rote ddr-nostalgie sogar in bochum + top-experte plädiert für fracking + evp- sicherheitspolitik-sprecher michael gahler mdep will eu - weißbuch und endlich die notwendige europäische armee ++ eine super-sicherheitskonferenz in der brüsseler albert hall + elmar brok bei george bush sen. in texas + papst franziskus im ep in straßburg + tom kielingers neues churchill-buch +

Wie gut, dass es zum 9.November J. Gauck und W. Biermann gab ...und nicht nur Promis, die u.a. logen, Egon Bahr habe die Deutsche Einheit erhofft

Tag und Nacht wurde über das Thema "Unrechtsstaat" geschwätzt. Ob es *ihn* in der DDR wirklich gab - mit Schießbefehlopfern und so, oder mit zwangsadoptierten Kindern oder Spezialknästen à la Bautzen. Ob denn "solche Dinge" (Anne Will) **25 Jahre nach** dem letzten Mauer-Toten überhaupt aufregen dürften, wo doch die EU "eine neue Mauer gegen Flüchtlinge aus Afrika" errichte, wie jetzt wieder der Ex-SED-Mann Gregor Gysi murrte, der 1990 in der ersten frei gewählten DDR-Volkskammer geschluchzt hatte, als die Mehrheit der Einheit zustimmte.

In Talkshows mussten sich u.a. Edmund Stoiber, Peter Tauber und Klaus von Dohnanyi von DDR-Verharmlosern wie Lafontaine anhören, die Linkspartei werde immer demokratischer. Und dass "alle DDR-Bewohner verletzt reagieren könnten", da doch das Wort "Unrechtsstaat" nicht genug "differenziere".

Wenn von Hitlers Diktatur in den Medien die Rede ist, gelten in der Regel alle Deutschen über 84 noch immer als mitschuldig. Und niemand kam 1969/70 auf die Idee, die NPD zu verharmlosen, weil Hitler auch 25 Jahre lang tot war. Die fernseh-starke Linke, in fast jeder Talkshow poussierend, hat erreicht, dass die braune und die rote deutsche Diktatur nicht einmal mehr verglichen werden dürfen. Und feige Historiker stimmen gegen Bares zu.

Was hätten CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP den SED-Enkeln in Talkshows noch sagen können, was fragen?

- 1.** Warum konntet Ihr nicht sozialdemokratisiert werden wie z.B. die Kommunisten-Partei PVAP in Polen?
- 2.** Warum sitzen Ihre Europaabgeordneten in Straßburg in einer Fraktion mit radikalen griechischen und anderen Kommunisten, während sozialdemokratisierte Ex-Kommunisten aus Ostmitteleuropa längst in der Fraktion der Sozialdemokraten sind?
- 3.** Warum stützen Sie sich auf Zeitungen wie "Neues Deutschland" und "Junge Welt", gegründet von der Roten Armee und der SED, unter gleichem Namen präsent und z.B. schreibend, in Kiew habe ein "brauner Putsch" stattgefunden?
- 4.** Warum distanziert sich Ihre Linkspartei nicht von den vielen Alt-DDR-Traditionsvereinen mit Honecker-treuen Bürgern, die es nicht nur in Ostdeutschland gibt, wie der SPIEGEL dokumentiert hat? Sogar in Bochum. (siehe nächste Seite)
- 5.** Warum sagen Sie von der linken Führung - wie auch Gysi - seit 1990 kein Wort zum spurlosen Verschwinden von geschätzt 20 Millionen Mark aus SED- und anderen Kassen?
- 6.** Warum bestreiten Sie so lahm und verlogen die These von Klaus von Dohnanyi, sie erstrebten nicht nur in Thüringen eine der DDR-Wirtschaft ähnliche Planbürokratie, welche aufs Neue in die Pleite führen werde wie 1989/90?
- 7.** Warum folgt die Linkspartei seit Beginn der Ukraine-Krise fast nur den Moskauer Interpretationen, die auf die These hinauslaufen, die NATO wolle Osteuropa zersetzen?
- 8.** Warum bleiben immer noch Abgeordnete der Linkspartei auf ihren Stühlen sitzen, wenn der Mauer-Toten gedacht wird oder das Deutschlandlied erklingt?

Auf Seite 2 wird nun zum Abschnitt 4 der Seite 1 aus dem SPIEGEL dokumentiert

Unsere DDR wird 65

Den Ablaufplan zum Republikgeburtstag hat Andreas Maluga, der 1. Vorsitzende des „DDR Kabinett Bochum e.V.“, straff durchorganisiert. „Parteitagsmäßig“, wie er sagt. Alle feiern in diesem Herbst den 25. Jahrestag des Mauerfalls. Aber darauf hat Maluga keinen Bock. „Mir fehlt die

DDR“, sagt er. Auch wenn er dort nie gelebt habe. Maluga schaut noch einmal auf das Faltblatt mit dem Programmablauf. Und dann geht es auch schon los.

11.00 bis 11.10 Uhr: Nationalhymne der Deutschen Demokratischen Republik.

Ausgerechnet in Bochum wird gefeiert. Tief im Westen. Beim Klassenfeind sozusagen. Rund 200 Gäste, einige schon recht betagt, sitzen oder stehen in der Aula der Pestalozzi-Realschule, die geschmückt ist mit den Porträts von Honecker, Ulbricht, Pieck und Thälmann. Die DDR-Nationalhymne wird nun gesungen, wozu sich alle erheben. Schönes Lied eigentlich. Melodie von Eisler. Text von Becher.

Wobei den Text ab den Siebzigerjahren niemand mehr sang in der DDR. Wegen der Textzeile: „Laß uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland.“

Aber das haben hier alle vergessen. *12.00 bis 12.30 Uhr. Oberst a. D. Karl-Heinz Kathert. „So war es! Aus dem Leben eines Grenzers der DDR“.*

Oberst Kathert teilt mit, „dass ich zum ersten Mal in meiner Originaluniform im westlichen Teil Deutschlands auftrete“. Dafür gibt es großen Beifall. Auch Oberst Kathert ist im Westen angekommen. Bravo! Oberst Kathert teilt im Rahmen seines Vortrags weiterhin mit: „Wir haben alle Konfliktsituationen an der Grenze friedlich gelöst.“ Da hat er jetzt aber ganz schön geschummelt, der Oberst Kathert.

12.30 bis 12.50 Uhr. Grußwort.

Margot Honecker grüßt aus Chile. Egon Krenz grüßt auch.

12.50 Uhr bis 13.50 Uhr. Pause.

Was gibt's zu essen? Soljanka. Halberstädter Bockwurst. Für die Soljanka tut es mir leid. So eine schöne Suppe. Und dann wird sie immer ideologisch missbraucht. Auf DDR-Geburtstagen und so.

13.50 Uhr bis 14.00 Uhr. Grußwort.

Wer grüßt denn jetzt schon wieder? Der Singeclub „Ernesto Ché Guevara“ aus

Dresden. Der „Verband zur Pflege der Traditionen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR e.V.“

14.30 bis 15.00 Uhr: Ernst-Busch-Chor. Lieder zum Gründungstag der DDR.

„Venceremos, wir werden siegen ...“, singt der Chor. Wenn man sich dann umguckt im Saal, muss man sagen: wohl eher nicht.

Klaus Feldmann, der Moderator der Feier, hat früher im DDR-Fernsehen die Nachrichten in der „Aktuellen Kamera“ verlesen. Jetzt steht er in einem irgendwie senf-farbenen Anzug auf der Bühne wie ein Geist. Alles hier im Saal ist in diesem Sinne „früher“. Die Musik, die Reden, der Info-Stand über Kuba, der FDJ-Stand, der DKP-Stand, die T-Shirts mit dem Konterfei von Ernst Thälmann, der antifaschistische Büchertisch, die Lenin-Büste vorn am Podium. Es ist ganz seltsam: Der Sozialismus galt mal als fortschrittliche, revolutionäre Idee. Übrig geblieben ist öde Folklore. Genauso gestrig, bieder und konservativ wie ein Treffen der Landsmannschaft Schlesien.

16.35 bis 17.00 Uhr. Isabel Neuenfeldt, Akkordeon. „Rote Lieder hört man besser.“

Gern hätte ich erfahren, ob man rote Lieder wirklich besser hört. Aber es geht nicht mehr. Ich muss raus. Zurück in die deutsche Gegenwart. Zurück in die BRD.



DDR - Nostalgie - Stunde Pestalozzi - Realschule Bochum

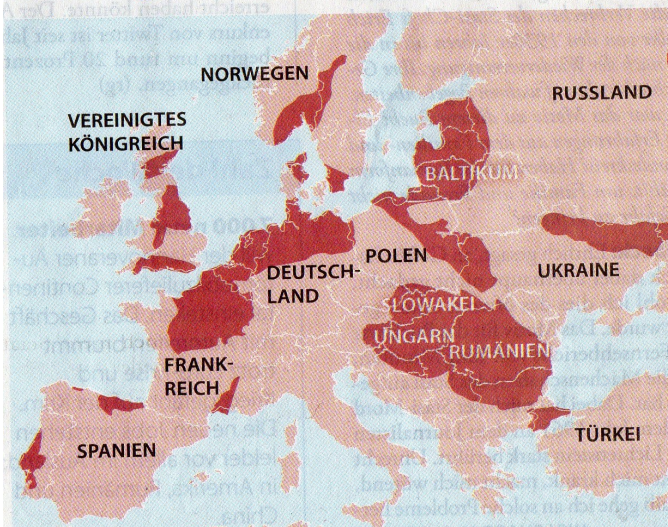
(Auszug aus SPIEGEL 3.11.2014)

Professor Dr. Horst Rüter:

FRACKING - wieder eine neue Angstkampagne contra Fakten

Da sowohl Erdöl als auch Erdgas leichter sind als das umgebende Formationswasser, haben diese Kohlenwasserstoffe das Bestreben, nach oben aus den Muttergesteinen auszuwandern, um dann letztlich an der Erdoberfläche in die Atmosphäre zu gelangen. Auf diesem Weg nach oben können sie in "Fallen" geraten, beispielsweise domförmige (antiklinale) undurchlässige Schichten, unter denen sie sich dann dauerhaft anreichern. Ausschließlich auf diesen "sekundären" Lagerstätten beruhte bisher die Förderung von Kohlenwasserstoffen, weshalb diese Lagerstätten oder auch deren Nutzung heute "konventionell" genannt wird. Da die Kohlenwasserstoffe in diese Lagerstätten hineingewandert sind, sich also in diesen Gesteinen bewegen können, kann man sie auch verhältnismäßig leicht gewinnen. Ist dies in Ausnahmefällen durch Gesteinsveränderungen nicht mehr der Fall, spricht man oft von "tight gas"-Lagerstätten.

Schiefergasvorkommen in Europa



Die angesprochenen Sekundärlagerstätten sind global nahezu erschöpft, die Reichweiten liegen für Öl bei einigen Jahrzehnten und bei Gas etwas länger. Die Menge der Kohlenwasserstoffe, die im Muttergestein verblieben sind, ist ungleich größer. Gelingt es, diese zu fördern, steigen die verfügbaren Vorräte mit den Reichweiten drastisch an.

Die Tatsache, dass noch Öl und Gas im Muttergestein ist, ist natürlich ein Hinweis darauf, dass es dort nicht ohne Anstrengung heraus zu bekommen ist. Brauchbare Technologien sind heute jedoch verfügbar und werden seit Jahrzehnten, inzwischen auch millionenfach, angewendet, **z.B. auch in Niedersachsen**. Einerseits müssen die Förderbohrungen über lange Strecken in der Kohle- oder Tonsteinschicht geführt werden (oft unpräzise "horizontales" Bohren genannt), andererseits muss auch erreicht werden, dass Gas aus der Umgebung der Bohrung dieser zufließt.

Im *tight gas* wird dies seit Jahrzehnten weltweit erfolgreich und ohne große Risiken praktiziert. Für unkonventionelle Lagerstätten hat dies in den USA einen Öl- und Gasboom ausgelöst und von dort aus einen weltweiten Technologieschub bewirkt, der nur aus politischen Gründen das eine oder andere Land noch nicht erreicht hat.

Jahrzehntelang nahm die Öffentlichkeit von der neuen Fracking-Technologie keine Notiz, erfreute sich aber an deren niedrigen Energiekosten. Dann lief der Film "Gasland", der mit spektakulären Falschbehauptungen und gefälschten Bildern – beispielhaft erwähnt sei das "brennende Wasser" – nicht nur einen Oskar kassierte und zum finanziellen Riesenerfolg wurde, sondern eine erregte Anti-Fracking-"Volksbewegung" erzeugte. Trockene Dementis amerikanischer Fachbehörden hatten gegen die "Kraft" der schiefen Bilder keine Chance.

In Deutschland wurde die Angst vor Fracking besonders stark verbreitet. Wieder einmal fühlten sich Medien "verpflichtet". Naturschutzverbände handelten so, wie es ihre Mitglieder nach den Gerüchten erwarteten. Es kam eine zweite Welle aufgeregter Bierbrauer, Bauern und Ärzte hinzu. Es wimmelt von selbsternannten Fracking-Experten.

Politiker schwenkten ein, wollten sich aber zunächst ein Wissenschaftsmäntelchen umhängen. Es wurden Gutachten und Studien in Auftrag gegeben. Die Wissenschaftler wurden nachweislich so ausgesucht, **dass sie von Fracking möglichst keine Ahnung hatten**, zumindest aber noch nie etwas zum Thema veröffentlicht hatten.

Dennoch entstanden überraschenderweise brauchbare Gutachten, die zum Leidwesen einiger Politiker deren populistische Positionen nicht stützten. Die Gutachten stufte nämlich Fracking nicht als Risikotechnologie ein, sie bezeichneten es ausdrücklich als beherrschbar. Die Politik steht jetzt vor einem Problem, da die zur Sache unwissende Bevölkerung nach wie vor große Risiken sieht, welche die Wissenschaft auch weiter verneint.



Prof. Dr. Horst Rüter

In vielen technischen Fragen ist sich "die" Wissenschaft uneins, und es wäre vermessen, dies zu leugnen. Das war schon bei der Sicherheit von Kernkraftwerken so. Beim Fracking ist sogar alles grundsätzlich anders. Denn **es gibt keinen einzigen seriösen Wissenschaftler, der im Fracking eine Risikotechnologie sieht** (verglichen mit anderen Methoden der Energie-Bereitstellung). Die Wissenschaft versucht derzeit geduldig, ihr Wissen der Politik, den Medien und der Bevölkerung zu verdeutlichen.

Universitäten und Großforschungseinrichtungen haben sich positiv gemeldet, z.B. die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. Auch die geologischen Landesämter sind sich positiv einig. Ein Schulterchluss mit den Kompetenzzentren der europäischen Nachbarländer wurde hergestellt. Die Wissenschaft freut sich nie, wenn sie gegenüber Laienmeinungen negiert wird und wehrt sich entschieden dagegen, dass uminterpretiert wird, was sie geschrieben hat.

Noch ist das Kind nicht in den Brunnen gefallen. Vielleicht entscheidet sich die Politik doch noch gegen den Technologie-Stillstand. Wir müssen abwarten, wie der Entwurf eines Fracking- bzw. Antifracking-Gesetzes aussehen wird. (**Der Text, zuerst geschrieben für die Deutschen Arbeitgeberverbände, wurde gering gekürzt**)

Prof. Dr. Horst Rüter ist Präsident von HarbourDom (Geophysikalische und Beratungsgesellschaft in Köln) und Mitglied der folgenden Organisationen:

Deutsche Geophysikalische Gesellschaft (DGG); Geothermische Vereinigung – Bundesverband Geothermie (Vice-president); International Geothermal Association (IGA), (Director); European Geothermal Council (EGEC); Geounion- Alfred Wegener Stiftung (Board Member); European Association of Geoscientists and Engineers (EAGE); Society of Geophysicists (SEG); Australian Society of Geophysicists (ASEG); Society of Professional Well Log Analysts; Deutsche Gesellschaft für Polarforschung; Indian Geophysical Union (IGU) Foreign Fellow.

=====

Meine Meinung zu einigen aktuellen Krisenherden

Konsequenzen für eine Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Gekürzte Fassung)

Michael Gahler CDU.MdEP

Sicherheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion (Christdemokraten)

Die EU und ihre Mitgliedstaaten bemühen sich, in der südlichen und östlichen Nachbarschaft eine aktivere Rolle zur Lösung aktueller Krisenherde einzunehmen.



Michael Gahler MdEP

Palästina, Israel Im August forderte der EU-Außenministerrat eine Rückkehr zum Nahost-Friedensprozess und unterstrich seine Bereitschaft, eigene Beiträge für eine umfassende Lösung des Konflikts zu leisten. Die Außenminister verbanden mit dem

Waffenstillstand die Hoffnung, dass die Lebensbedingungen im Gazastreifen wesentlich verbessert würden, auch durch die Aufhebung der Blockade und dass im Gegenzug die Bedrohung Israels durch Raketenangriffe und Tunnelanlagen der Hamas eingestellt wird.

Die EU setzt sich dafür ein, alle terroristischen Organisationen im Gazastreifen zu entwaffnen. Auf israelischer Seite gehört zur nötigen Wende ein Stopp des Siedlungsbaus. Im humanitären Bereich unterstützt die EU das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) mit ca. 100 bis 150 Mio. Euro im Jahr. Insgesamt erbringt die EU 58 Prozent des jährlichen UNRWA Budgets auf. Angesichts der jüngsten Konflikt-escalation stellte die EU zusätzliche 5 Mio. Euro für Soforthilfsmaßnahmen im Gazastreifen zur Verfügung.

Schon seit mehreren Jahren ist die EU in den palästinensischen Gebieten mit zwei GSVP-Missionen tätig: Seit 2006 unterstützt die EU dort die Polizei (EUPOL COPPS) d.h. die zivile Polizeireform Palästinas. Zur Erfüllung der Aufgaben stehen den 110 Mitarbeitern für die

Jahre 2014 bis 2015 zehn Mio. Euro zur Verfügung. Ferner nimmt seit 2005 die EU Grenzunterstützungsmission am Rafah-Grenzübergang die Rolle einer dritten beobachtenden Partei zwischen Ägypten und dem Gazastreifen wahr. Mit der Machtübernahme der Hamas im Gazastreifen im Jahr 2007 wurden die Aktivitäten der Mission ausgesetzt. Obwohl EUBAM Rafah seit sieben Jahren deaktiviert ist, stellt sich nicht die Frage, die Mission einzustellen. Es ist vor allem als politisches Signal zu verstehen, dass die EU im Juli 2014 das Mandat bis 2015 verlängerte.

Syrien: Die EU reagierte auf die zunehmende Gewalt im syrischen Bürgerkrieg und auf den Machtzuwachs der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS). Damaskus wurde mit Wirtschaftssanktionen belegt, die seit 2012 schrittweise verschärft wurden. Die EU unterstützt finanziell die Organisation für das Verbot von chemischen Waffen (OPCW), die bis zum Juni 2014 alle Chemiewaffen zur Vernichtung außer Landes brachten. Mit 2,9 Mrd. Euro sind die EU-Mitgliedstaaten weltweit der größte Geber für humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und wirtschaftliche Stabilisierung. Im Juli stockte die Kommission die humanitäre Hilfe um 50 Mio. Euro auf und wird im Jahr 2014 insgesamt 150 Mio. Euro bereitstellen. Darüber hinaus wurden die Entwicklungshilfen für an Syrien angrenzende Länder erhöht, um die dortigen Regierungen zu unterstützen. Da sich die IS u.a. über den Schmuggel von Erdöl finanziert ist es zu begrüßen, dass die EU Gegenmaßnahmen einleitete. Im **Irak** liegt der Ansatz der EU vor allem auf humanitärer Hilfe: Im August erhöhte Brüssel die Hilfe für 2014 auf insgesamt 17 Mio. Euro.

Bereits 2013 ermöglichten die EU-Außenminister Waffenlieferungen an syrische Oppositionskräfte. Bedauerlicherweise konnten sich damals die Minister nicht auf eine einheitliche Position einigen. Angesichts der Eskalation im Sommer 2014 flammte unter den EU-Mitgliedstaaten die Diskussion auf, ob und wie irakische Oppositionsbewegungen mit Waffenlieferungen versorgt werden sollten. Es ist richtig, dass neben England, Kroatien, Dänemark, Italien, Frankreich auch Deutschland Waffen in den Nordirak liefert.

Ukraine: Auf vielen Ebenen will die EU die politische, wirtschaftliche und humanitäre Lage der Ukraine stabilisieren, um das Land aus der gewaltsamen Vereinnahmung Russlands zu befreien. Es wurde (endlich!) mit der Ukraine ein Assoziierungsabkommen mit vertieftem und umfassendem Freihandelsabkommen unterzeichnet. Auf dramatische Entwicklungen, getrieben durch die proeuropäische Reformbewegung in der Ukraine, reagierte die Europäische Kom-

mission mit der Schaffung der rund 50 Mitarbeiter umfassenden "Ukraine Support Group" für die Unterstützung der politischen und wirtschaftlichen Reformen. Finanzhilfen von über elf Milliarden Euro zur wirtschaftlichen und finanziellen Stabilisierung, einschließlich 1,6 Mrd. Euro "Makrofinanzhilfe", wurden in Rekordzeit bereits im Frühjahr 2014 beschlossen ("State Building Contract" 355 Mio. Euro und zehn Millionen Euro für die Zivilgesellschaft). Im August stellte die Kommission weitere 2,5 Mio. Euro für Flüchtlinge zur Verfügung, ferner 250.000 Euro das Rote Kreuz.

Auf Vorschlag der ukrainischen Regierung hat die EU beschlossen, eine EU-Beratungsmission für eine zivile Sicherheitssektorreform (EUAM Ukraine) einzurichten. Sie soll einen Beitrag zur rechtsstaatlichen Reform von Polizei und Justizkräften leisten. Sie wird in Kiew ihr Hauptquartier haben, für ihre Aufbauphase stehen 2,68 Mio. Euro zur Verfügung.

Es ist verwunderlich, dass sich die EU-Außenminister über die Ergebnisse eines Optionspapiers des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) hinwegsetzten. Verwunderung herrscht, denn das EAD Papier ließ erkennen, dass die GSVP-Mission keinen Mehrwert zu bestehenden internationalen Programmen bringt. Darüber hinaus bleibt fraglich, ob die EU tatsächlich unbewaffnete Berater, die auch im umkämpften Osten des Landes eingesetzt werden sollen, schicken soll. Schließlich bleibt die Finanzierung der Mission unklar. Der Grund: Schon Mitte 2014 war das EU-Budget für zivile GSVP-Missionen erschöpft. Da die wichtigen Beschränkungen für den EU-Haushalt 2014 von den Mitgliedstaaten ausgehen, müssten die Regierungen sagen, woher das Geld für die Mission kommen soll.

Vertrag von Lissabon: Seit 2009 ist der Vertrag von Lissabon in Kraft, der das EU-Institutionengeflecht, das institutionelle Zusammenwirken und die Grundsätze der gemeinsamen Politiken definiert. Doch haben es unsere 28 Regierungen unterlassen, die neuen Möglichkeiten umfassend zu nutzen, um den im Vertrag vorgezeichneten Weg zu einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union zu gehen. Zwar wurde die Position des **Hohen Beauftragten für Sicherheitspolitik / Vizepräsident der Europäischen Kommission** und der ihm unterstellte Europäische Auswärtige Dienst beschlossen. Doch schafften es die Mitgliedstaaten nicht, klare Regeln für die Anwendung der gemeinsamen Beistandsklausel zu fixieren. Warum? Die EU hat seit 2009 eine Beistandsverpflichtung im Umgang mit externen Bedrohungen, welche ähnlich der Artikel-5-Verpflichtungen des NATO-Vertrages entwickelt wurde.

Wohl haben die Mitgliedstaaten in den letzten Jahren im EU- und im NATO-Rahmen zwei Initiativen zur Beseitigung von Fähigkeitslücken gestartet. Innerhalb der EU heißt die Fähigkeitsinitiative "Pooling and Sharing". Innerhalb der NATO wird sie "Smart Defence" genannt. Leider bleiben beide Bemühungen ohne logisches politisches Rahmenkonzept. Innerhalb der EU müsste die Gelegenheit bestehen, auf die "Ständige strukturierte Zusammenarbeit" zurückzugreifen, um in einen Prozess einzutreten, der eine Annäherung der militärischen Planungsprozesse der beteiligten Staaten sicherstellt. Auch in einem anderen Feld wurde der Vertrag noch nicht umgesetzt. Mit dem Lissabon-Vertrag wurde die Europäische Verteidigungsagentur in das primäre EU-Recht aufgenommen. Dennoch bleibt auch im zehnten Jahr der Agentur unklar, wie eine EU-Finanzierung von gemeinsamen Rüstungsanstrengungen im Bereich Forschung und Entwicklung erfolgen könnte.

Weitere zentrale Fragen werden von den Regierungen nicht beantwortet: Wie kann z.B. politischer Wille schneller und nachhaltiger umgesetzt werden, um wirkungsvolles sicherheitspolitisches Handeln zu ermöglichen? Warum wurden die so genannten EU-Gefechtsverbände (Battle Groups) noch nie eingesetzt, obwohl gleichzeitig in mühevollen zwischenstaatlichen Prozessen militärische Missionen der EU übertragen wurden? Diese Gefechtsverbände sind 1.500 Mann starke europäische Infanteriekräfte, die innerhalb von 14 Tagen weltweit eingesetzt werden können.

Mit dem Lissabon-Vertrag wurde festgeschrieben, dass die EU eine Europäische Fähigkeits- und Rüstungspolitik entwickeln soll. Dieser Themenkomplex betrifft die EU-Politiken des Binnenmarktes, der Industrie und der Forschung und Entwicklung. Insgesamt ist es enttäuschend, dass die Mitgliedstaaten nicht gewillt sind, diesen vertraglich vorgesehenen Weg zu beschreiten. Bislang war es nur möglich, im aktuellen EU-Forschungsrahmenprogramm *Horizont 2020* die Erforschung und Entwicklung von zivilmilitärischen Fähigkeiten mit EU-Mitteln zu verfolgen. Es ist inkonsequent, dass sich die EU zwar eine Europäische Verteidigungsagentur gegeben hat, doch nicht über gemeinsame Politik verfügt.

Bei der Umsetzung des "Defence Package", den Richtlinien zur Vollendung des Binnenmarktes für Rüstungsgüter, die seit 2011 rechtsgültig sind, erlebt man, dass sich die meisten Mitgliedstaaten anstelle europaweiter Ausschreibung auf die "Notbremse" des Art. 346 zurückziehen, mit der Behauptung von "Wahrung wesentlicher Si-

cherheitsinteressen". Diese sind freilich meist arbeitsmarktpolitischer Natur und betreffen z.B. eine ansonsten nicht wettbewerbsfähige Fabrik in einer strukturschwachen Gegend. Im Interesse höherer Kosteneffizienz müsste die Kommission striktere Maßstäbe bei der Definition "wesentlicher Sicherheitsinteressen" anlegen.

Ganz enttäuschend ist, dass die Europäische Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003 angesichts der Ausdifferenzierung europäischer Sicherheitspolitik auch elf Jahre nach ihrem "Start" nicht substantiell überarbeitet wurde. Aus Sicht des Europäischen Parlaments würde es sich anbieten, in einen Prozess einzusteigen, der ein EU-Weißbuch für Sicherheit und Verteidigung erarbeitet. Zum einen böte ein Weißbuch die Chance, das europäische strategische Denken fortzuentwickeln, um europäische Sicherheitsinteressen zu definieren. Zum anderen müsste die Frage beantwortet werden, wann und wo die EU unter welchen Bedingungen bereit wäre, legitime Waffengewalt einzusetzen. Zweitens würde das Weißbuch die strategische Debatte mit laufenden Initiativen zur Verbesserung von Fähigkeiten verbinden. Nur wenn die EU gemeinsam definiert, was sie will, kann sie fixieren, was sie dafür an militärischen Fähigkeiten braucht. Langfristig könnte das Weißbuch einen Weg zur europäischen Armee beschreiben.

Die Welt ist schon in unserer näheren und weiteren Nachbarschaft zeitgleich in akute Konflikte und Kriege verwickelt. Wir sind als EU-28 davon gleichermaßen betroffen. Die Konflikte bedrohen unsere Sicherheit, unsere Handelswege, sie fordern uns heraus zur humanitären Hilfe vor Ort und zu Antworten auf Flüchtlingsströme, doch auch dazu, im Ernstfall Soldaten zu schicken.

Die Zeit für kurzfristige nationale Einzelmaßnahmen und Reaktionen ist vorbei. Um den Umfang der Aufgaben effektiv zu bewältigen müssen wir als EU und/oder NATO, also teilweise gemeinsam mit den USA, unsere Kräfte bündeln. D.h. auch, alle Möglichkeiten, die uns der Lissabon-Vertrag im Bereich der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik bietet, zu nutzen.

Wer seine Handlungsfähigkeit verbessern will, muss zuvor seine Entscheidungsprozeduren den Erfordernissen anpassen. Dazu gehört Vertrauen zu Personen und Strukturen, die man genau zu diesem Zweck benannt hat.

Der ungekürzte Gahler-Text steht in Heft 3/4 von "PANEUROPA DEUTSCHLAND".

Dazu die e-mail-adresse -

redaktion@paneuropa-verlag.eu

Und Michael Gahler präsidiert...

... dem am 17./18. Nov. tagenden "European Security Forum" in Brüssel

Seit der ersten direkten Europawahl von 1979 lassen vor allem die EVP-Christdemokraten nicht ab von der Forderung, auch Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu europäisieren - durch Ausweitung von EVG, dann EG und jetzt EU über das Wirtschaftliche hinaus, auf das manche die Integration immer wieder eng beschränken wollten. In Brüssel entstanden im Laufe der Zeit seriöse und weniger wichtige Zirkel, die europäische Sicherheitspolitik diskutierten. Vor allem **Hans-Gert Pöttering** und **Karl von Wogau** engagierten sich. Wogau hat jetzt mit eingeladen, die Adenauer-Stiftung zieht mit, die Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Erfreulich: Die neue Tagung vereint 46 Redner aus allen Lagern der weiterhin europäisch-soliden Parlamentsmajorität wie **Manfred Weber (CSU)** u. **Gianni Pittella (SPE)**. Themen: Sicherheit im Mittelmeer, EU-NATO, Krisis-Management und nationale Debatten, Ukraine/Russland, Zukunft der Verteidigung. Weitere deutsche Redner: **Elmar Brok** MdEP, Staatsminister **Michael Roth**, **Dr. Hans-Dieter Heumann**. Gut vertreten: Frankreich, England, Italien, Polen, USA. Am 18.11. spricht EU-"Außenministerin" **Federica Mogherini**. Die Planer haben den Ehrgeiz, ihr Unternehmen auf die Dauer so wirksam zu machen wie die "Münchner Sicherheitskonferenz", auf der u.a. auch **Clinton** und **Putin** waren.

Elmar Brok flog zum 9. Nov. nach Texas und überreichte dem früheren US-Präsidenten **George Bush sen.** die Robert-Schuman-Ehrenmedaille der EVP-Christdemokraten Europas mit den Worten: "Man benötigt die richtige Person zur richtigen Zeit, und für Europa waren Sie vor 25 Jahren genau der richtige Mann." Außerdem sprach Brok in der Texas A&M University über den Fall der Mauer und die Befreiung Osteuropas. Schließlich gab es noch ein langes Gespräch mit Ex-Außenminister **James Baker**, der nachdrücklich für die Deutsche Einheit eingetreten war.

Papst Franziskus wird am 25. November vor dem Europäischen Parlament in Straßburg sprechen und dabei auch an den polnischen Papst **Johannes Paul II.** erinnern, der 1988 an gleicher Stelle seine berühmte Forderung erhob, Europa müsse wieder "mit beiden Lungenflügeln frei atmen", nicht nur mit dem westlichen. ARD+ZDF hatten diese Rede nicht übertragen wollen.

Zu den Publikationen, die seit Beginn der Ukraine-Krise ständig (die Unwahrheit) wiederholen, 1990 sei Russland "vom Westen" versprochen wurde, die NATO werde "nicht nach Osten driften", zählen die "Blätter für deutsche und internationale Politik" (www.blaetter.de). Sie wurden vor der Wende getarnt von der DDR finanziert und unterstützen jetzt politisch die Linkspartei.

Bis 2023 will Südafrika 6 Kernkraftwerke, es werden eher weniger. Eine ganze Reihe Nationen Afrikas sind pro Kernkraft, z.B. Senegal, Ghana, Algerien und Marokko. Afrika verbraucht nur 3% der weltweiten Energie, hat 18% der Uran-Lager. Afrikas Planer hoffen auf Beistand aus dem Iran.

Zwei Bücher empfehle ich gern. Bei C.H. Beck erschien "Wir Unsichtbaren" von Peter Oliver Loew, eine Geschichte der Polen in Deutschland. **Das Buch hat 336 Seiten mit 26 Abbildungen und kostet € 18,95.** Zwei Millionen unserer Bürger sind heute Polen, eine große, fleißige Gruppe. Doch schon früh kamen polnische Arbeiter ins Ruhrgebiet leisteten einen beachtlichen Beitrag zu unserer Industrialisierung. Erfreulich: Das Buch fand viel Beifall sowohl hier wie in Polen.

Churchill wurde oft porträtiert, Thomas Kielinger macht ihn für Deutsche noch einmal super-interessant. Für Deutsche ist der Umgang mit dem großen Briten immer sowohl faszinierend wie ärgernd. Man bewundert sein Durchhalten gegen Hitler nach 1940. Zugleich ist unvergessen, dass er uns mit mehr Bomben als vertretbar bewerfen ließ und dazu einen brutalen Luftmarschall tolerierte, dem die Queen nach dem Krieg den Rücken zudrehte. Bewundert wiederum wurde Churchill auch wegen seiner positiven Haltung zur europäischen Integration, an der er freilich nicht teilhaben wollte.

Das Buch hat 400 Seiten + 43 Abbildungen und kostet € 24,95

Geschrieben von Jürgen Wahl

Seibachstraße 6 / 53343 WACHTBERG. Tel. 0228 – 324381

e-mail: post@jwahl.de // **Spenden decken meine steigenden Kosten !**

Bitte auf mein Konto bei der Volksbank Wachtberg:

IBAN = DE 153 706 9805 0101403017

BIC = GENODED 1 W V I

